

GRÜNSCHNABEL

ZEITUNG DER UNABHÄNGIGEN WÄHLER VEREINIGUNG
"GRÜNE LISTE BÜTTELBORN" NR. 3 / AUGUST 1982

Aufruf zur Wahl

Nur noch wenige Wochen liegen vor dem Wahltermin in Hessen. Nur noch ein paar Wochen, sich Gedanken zu machen.

Nach dem Darmstädter Beschluß der FDP, zukünftig mit Dreggers CDU „liberale“ Politik machen zu wollen, hat es in der politischen Landschaft erstaunliche Reaktionen gegeben.

Ihres traditionellen Mehrheitsbeschaffers beraubt, entdecken Sozialdemokraten, die DIE GRÜNEN bisher als Spinner und unzuverlässige Gesellen abgetan haben, ihre Zuneigung zur Umweltpartei. Ihnen sei deutlich gesagt, daß DIE GRÜNEN sich nicht dazu hergeben werden, einer gescheiterten Politik Mehrheiten zu verschaffen. Zusammenarbeit bei Sachthemen setzt eine eindeutige Abkehr von der bisher betriebenen umweltfeindlichen Politik voraus. Die Wiederaufforstung des widerrechtlich gerodeten Startbahngeländes, der Ausstieg aus der lebensbedrohenden Atomtechnologie und die Sicherung des sozialen Besitzstandes sind unabdingbare Voraussetzungen für jede Art der Zusammenarbeit.

Realistisch gesehen kommen dazu höchstens die Sozialdemokraten in Frage; allerdings ohne Herrn Börner, denn

Leute, die Politik mit Dachlatten und Polizeiknüppeln auf dem Rücken des Volkes durchsetzen, können von den GRÜNEN niemals unterstützt werden. Die SPD muß sich endlich entscheiden, nach welcher Seite sie sich abgrenzen will. Anstatt ewig den Konservativen nachzulaufen, sollte sie ihre Einstellung zur Friedens- und Umweltbewegung neu überdenken. Ohne diese Neuorientierung scheint eine sachliche Zusammenarbeit mit den GRÜNEN undenkbar.

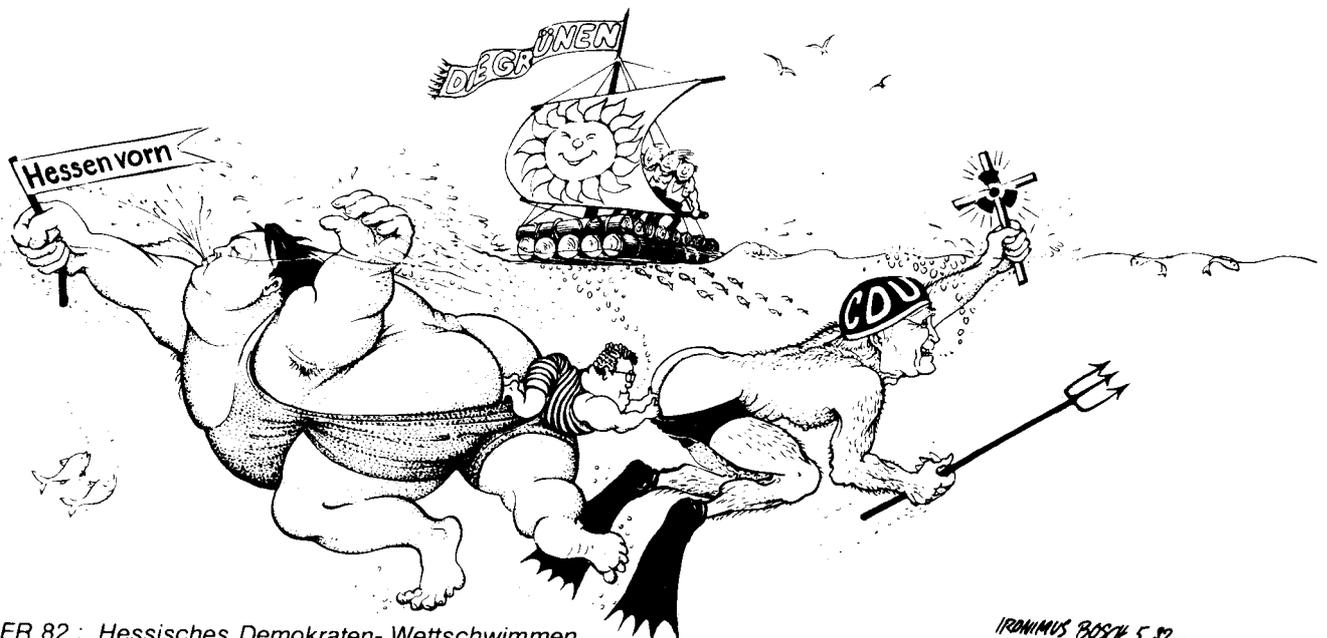
Eine Zusammenarbeit der GRÜNEN mit CDU und FDP, den Interessenvertretern von Großkonzernen und Wirtschaftsverbänden, kommt nicht in Frage.

Wer am Tage der Wahl zu Hause bleibt, wählt Alfred Dregger! Stoppt den Ausverkauf der Natur. — Gegen Atomstaat und Aufrüstung. Für die Erhaltung unserer Heimat. — Gegen Startbahn West.

Noch ist HESSEN nicht verloren:

Am 26. September DIE GRÜNEN wählen!

Frieder Engel



Aus der Gemeindevertretung

Im folgenden soll anhand einiger Beispiele die Tätigkeit der GLB in der Gemeindevertretung dargestellt werden:

U-Haftanstalt

Zur Diskussion in der Gemeindevertretung stand eine Flächennutzungsplanänderung der Gemeinde Weiterstadt. Es ist geplant, südlich der B 42 unmittelbar angrenzend an den Wald, der die Grenze zur Gemarkung Büttelborn darstellt, eine Untersuchungshaftanstalt zu errichten, in der mehr als 500 Häftlinge aufgenommen werden können. Für die Baumaßnahmen werden mehr als 13 ha beansprucht, für die keinerlei Ersatz vorhanden ist. Ausreichende Maßnahmen des Umweltschutzes sind im Landschaftspflege-Begleitplan nicht zu erkennen. Der im Zusammenwirken mit der Gemeinde Büttelborn zu gewährleistende Landschaftsschutz wird nicht in Angriff genommen werden, die Gemeinde Büttelborn wurde nicht einmal wegen der erforderlichen Koordinierungsmaßnahmen angesprochen, obwohl es doch jedermann klar sein muß, daß Ökologie nicht an der Gemarkungsgrenze endet. Im Hinblick auf die in direkter Nachbarschaft befindliche Bauschuttdeponie, die daneben vom Land Hessen vorgesehene Mülldeponie des Kreises Groß-Gerau, die Häufung von Baumaßnahmen größeren Ausmaßes wie beispielsweise des Rückhaltebeckens „Triesch“ südlich der geplanten Haftanstalt lassen diese Großbaumaßnahme mehr als bedenklich erscheinen, wenn man die angeschnittenen Umweltprobleme zusätzlich berücksichtigt. Die GLB hat daher empfohlen, der Gemeinde Weiterstadt Bedenken gegen die beabsichtigte Flächennutzungsplanänderung vorzutragen. Mit diesem Antrag ist sie an der Mehrheit der SPD und CDU gescheitert.

Streusalz

Verabschiedet wurde hingegen ein Antrag der GLB mit dem Ziel, die Umweltbeeinträchtigung durch Streusalz im Winterdienst zu vermindern. Nach der beschlossenen Änderung der Straßenreinigungssatzung ist die Verwendung von Streusalz grundsätzlich nicht mehr zulässig.

Im Rahmen der Änderung der Kindertageseinrichtungssatzung ist es auf Initiative der GLB gelungen, die Mitwirkungsrechte der Eltern über den Elternbeirat zu erweitern und einer zu weit gehenden Verbürokratisierung des Kindergartenbetriebs entgegenzuwirken. Nur, soweit dem Elternbeirat beratende Mitwirkung bei personellen Veränderungen im Kindergartenbereich zugestanden werden sollte, scheiterte die GLB an der Mehrheit von SPD und CDU.

Schießsportanlage

Mit den Stimmen der SPD ist es der GLB gelungen, in einem ökologisch für den Bereich der Gemeinde Büttelborn wichtigen Gebiet Baumaßnahmen zu verhindern. In einem der wenigen durch Schilfbewuchs und ähnlich seltenen Pflanzen gekennzeichneten Feuchtgebiet der Gemarkung Büttelborn südwestlich der Kläranlage beabsichtigte die Hubertusschützengesellschaft Büttelborn e.V. eine Schießsportanlage zu errichten. Dieses Gebiet, genannt „Im Winkelbruch“ wird gekennzeichnet durch den Zusammenfluß von Kühbruchgraben und Landgraben. Es bietet seltenen Biotopen, die nur in Feuchtgebieten Lebensmöglichkeiten finden in den immer weiter austrocknenden Landschaften unseres Raumes eine der wenigen Rückzugsmöglichkeiten. Die GLB ist daher der Auffassung, daß hier landschaftsschützende Maßnahmen getroffen werden müssen. Eine bauliche Nutzung des Geländes wäre mehr als verfehlt.

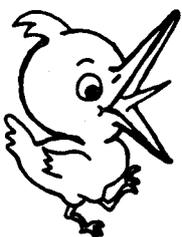
Baugebiet „Im Speckgarten“

Im Bereich zwischen der Mainzerstraße und dem Sondergelände Richtung Berkach (Tennisplätze, Abenteuerspielplatz, Kleintierzuchtanlage und Rodelberg) in Büttelborn wurde von privater Seite die Aufstellung eines Bebauungsplans „Im Speckgarten“ betrieben. Die GLB hat sich gegen dieses Planungsvorhaben ausgesprochen, das unserer Auffassung nach nicht sinnvoll erscheint. Bei seiner Durchführung würde eine in Zukunft möglicherweise wünschenswerte Ausweitung des Sondergebietes undurchführbar. Die bereits jetzt von Anliegern vorgetragenen Beschwerden verursacht durch Lärmbelastungen, die unvermeidbar von den Sportfeldern, der Tieranlage und dem Spielplatz ausgehen, würden von noch näher wohnenden Anliegern mit größerer Berechtigung beanstandet. Die GLB ist daher im Ergebnis zufrieden, mit Stimmen der SPD und der CDU dieses Projekt verhindert zu haben.

Gebührenerhöhungen

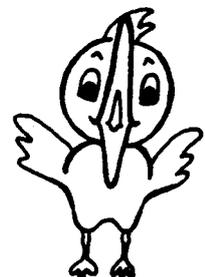
Letztlich soll auf die auch in der Presse dargestellten Gebührenerhöhungen in verschiedenen Bereichen eingegangen werden. Die GLB bedauert, daß es zu den Gebührenerhöhungen kommen mußte. Allerdings konnten wir uns den Bitten des Gemeindevorstandes angesichts der erheblichen Kostensteigerungen nicht verschließen. So werden sowohl die Wassergebühren wie auch die Gebühren für Kanal, Kindergarten und Friedhof angehoben, nachdem sie fünf Jahre hindurch unverändert blieben. Gleiches gilt für die Müllbeseitigungsgebühren. Wir glauben, insgesamt im Rahmen des Erträglichen geblieben zu sein, zumal teilweise nur die Erhöhungen weitergegeben wurden, die vom Kreis Groß-Gerau vorgegeben waren.

Adalbert Pongs



Wollen Sie wirklich wissen, was in den Sitzungen der Gemeindevertretung passiert? Lassen Sie sich nicht durch Parteiblätter beeinflussen – auch nicht vom GRÜNSCHNABEL –. Bilden Sie sich ihre eigene Meinung! Gönnen Sie sich das Erlebnis einer Büttelborner Gemeindevertreterversammlung und ziehen Sie dazu Ihre eigenen Schlüsse. Die GLB fordert Sie dazu auf!

Susan M. Engel-Murphy



Baustopp an der Startbahn

Durch die mutige Entscheidung des Frankfurter Verwaltungsgerichtes, den Bau der Unterführung der Okrifelter Straße im Zuge des Baues der Startbahn West wegen offensichtlicher rechtlicher Mängel zu stoppen, wurde in eindeutiger Weise die Rechtsauffassung der Ausbaugegner bestätigt.

Jeder Spatenstich, jeder Meter Betonmauer und jeder zugeschüttete Graben sind Verstöße gegen geltende Gesetze, da die wasserrechtliche Seite des Ausbaues bisher nicht geklärt ist.

Wie ein Hohn liest sich die Stellungnahme von Wirtschaftsminister Hoffie. Da findet sich endlich einmal ein unabhängiges Gericht in Hessen bereit, die rechtswidrigen Praktiken der Landesregierung in einem nicht anfechtbaren Urteil anzuprangern, und der Herr Hoffie meint, der FAG stehe selbstverständlich ein Widerspruchsrecht zu. Im gleichen Atemzug spricht er davon, daß der Bau der Startbahn West eine „in die Zukunft gerichtete Investition“ sei, auch wenn „überhaupt keine Kapazitätssteigerung“ für den Flughafen erreicht werde. (Hess. Rundfunk am 27. 7. 82 9:00 Uhr Nachrichten)

Das ist natürlich erst dann zu verstehen, wenn man weiß, daß Herr Hoffie schon für den Posten des Vorsitzenden beim Aufsichtsrat der FAG vorgesehen ist.

Die Startbahn West soll gebaut werden, auch wenn sie keinen Nutzen für den Flughafen bringt. Herrn Hoffies Privatinteressen müssen 300 000 Bäume geopfert werden.

Wie lange werden wir Politiker dieser Art noch ertragen müssen, die ihr eigenes finanzielles Schäfchen auf Kosten der Bevölkerung einer ganzen Region ins Trockene bringen wollen?

Es wird Zeit, daß diese Scharlatane und mit ihnen die FDP, die sie in ihre Ämter bringt, von der politischen Bühne verschwinden. Am 26. September ist Gelegenheit dazu!

Frieder Engel



Polen-Spende

Solidarität und politische Doppelmoral

Als Ausdruck des politischen Willens, den Kampf des polnischen Volkes effektiv zu unterstützen, hat die Fraktion der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz Berlin (AL) im Dezember 1981 eine Spende in Höhe von DM 110 000,- auf ein Solidaritätskonto überwiesen. Es handelte sich dabei um eingesparte Gelder, die der Fraktion im Jahr 1981 u. a. für ihre politische Arbeit zur Verfügung standen. Von diesen 110 000 DM wurden durch den CARITAS-Verband Berlin insbesondere für Kinder geeignete Nahrungsmittel sowie Medikamente beschafft und am 17. Februar 1982 in Kinderkrankenhäuser nach Danzig versandt.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Dr. Rebsch (CDU) reagierte, auf seine Weise, unverzüglich auf diese humanitäre Hilfe, indem er die AL zur „Rückzahlung der im Laufe des Haushaltsjahres 1981 nicht oder nicht zweckentsprechend verwendeten Fraktionszuschüsse“ aufforderte. Die Fraktionszuschüsse stehen den Parteien für ihre „sächlichen, personellen und politischen Bedürfnisse sowie für die Unterhaltung des Fraktionsbüros“ zu. Die AL ging im Jahre '81 so sparsam mit diesem ihr zustehenden Geld um, daß sie DM

110 000,- einsparen und wie beschrieben verwenden konnte. Präsident Dr. Rebsch kürzte kurzerhand der AL die laufenden monatlichen Fraktionsgelder, wogegen diese sich verständlicherweise wehrt. Zur Klärung dieser Angelegenheit sucht man zur Zeit noch nach einem Gericht. Das Berliner Verwaltungsgericht erklärte das ganze für einen „verfassungsrechtlichen Streit“ und sich nicht für zuständig.

Die AL schreibt in einer Presseerklärung zu diesem Thema u. a.: Die moralische und politische Bewertung dieses Vorgangs können wir guten Gewissens den Bürgern überlassen. Das gilt erst recht im Hinblick auf die Frage, welche Partei ihre Gelder wie sinnvoll einnimmt bzw. ausgibt. Daß sich der vielzitierte „demokratische Grundkonsens“ der etablierten Parteien in diesem Zusammenhang eher als schamvolles Schweigen denn als politisch artikuliert Positionsbestimmung hergestellt hat, ist auch eine Antwort. Die allerdings wirft erneut ein bezeichnendes Licht auf die scheinheilige Doppelmoral dieser Sorte Volksvertreter.

Erika Korent

In einer Schule im Kreis Groß-Gerau

Es stehen wieder Wahlen bevor. Der Herr Landrat will die Schule besuchen.

Lehrer: *Wer von euch kann ein kleines Gedicht auf-sagen, wenn uns der Landrat besucht?*

Fritzchen meldet sich:

*Wir haben junge Kätzchen,
sechse an der Zahl,
fünfe wählen SPD,
eins wählt liberal.*

Lehrer: *Prima Fritzchen! Das Gedicht nehmen wir. Der Herr Landrat wird sich freuen.*

Acht Tage später kommt der Landrat zum Schulbesuch. Der Lehrer fordert Fritzchen auf, sein Gedicht aufzu-sagen.

Fritzchen: *Wir haben junge Kätzchen,
sechse an der Zahl,
fünfe wählen DIE GRÜNEN,
eins wählt liberal.*

Lehrer: *Um Himmels Willen, Fritzchen! Warum hast du denn dein Gedicht geändert?*

Fritzchen: *Weil den Kätzchen inzwischen die Augen aufgegangen sind.*



Bürgertelefon der GLB:

Rainer Jansohn, Büttelborn, Telefon 5 99 00

Wußten Sie schon,

Daß in der Bundesrepublik jährlich ca. 3500 t Schädlingsbekämpfungsmittel nur für Haus- und Gartenbedarf hergestellt werden. Die chemische Industrie hat auf diesem Sektor einen Umsatz von 130 Mill. DM im Jahr.

Doch durch zunehmendes Umweltbewußtsein sieht der Industrieverband für Pflanzenschutzmittel (IPS) seinen Umsatz gefährdet. Deshalb versucht er mit einem in die Millionen gehenden Werbeaufwand dem Verbraucher bewußt zu machen, daß Leben in gewohnter Weise und die Schönheit der Natur ohne den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nicht möglich ist. Und das zum Teil mit Erfolg, denn so mancher Michel fällt drauf rein.

Die Natur aber hat keine Werbestrategen. Zu ihr führt der Weg über die Vernunft. Gerade im Garten ist es einfach, auf biologische Bewirtschaftung umzustellen. Gucken Sie doch mal in Gärten, die ohne Gift auskommen (z. B. bei Fender in Büttelborn oder bei Schulmeyer in Worfelden). Wir nennen Ihnen noch mehr und geben Ihnen Tips, wenden Sie sich an uns.

Dieter Schulmeyer

Lärm macht krank

Auch für die, die's nicht wahr haben wollen:

Lärm macht krank!

Auch für die, denen Flugzeuge nichts ausmachen:

Lärm macht krank!

Auch für die, die trotz Fluglärm „gut“ schlafen können:

Lärm macht krank!

Es ist wissenschaftlich erwiesen, daß sich der Mensch aus medizinischer Sicht nicht an Lärm gewöhnen kann. Alle anderslautenden Beteuerungen können lediglich auf subjektive Empfindungen zurückgeführt werden. Denn — es mag zwar sein, daß sich Menschen an Lärm — bei uns besonders Fluglärm — gewöhnen können, daß sie bei einem nächtlichen Überflug nicht mehr aufwachen, oder daß im Wachzustand Lärmereignisse bewußt gar nicht mehr registriert werden.

Wer aber glaubt, daß deshalb seine Gesundheit nicht geschädigt würde, hat sich gewaltig getäuscht. Gerade medizinische Untersuchungen aus jüngster Zeit lassen Schlimmes befürchten. Schwerhörigkeit und psychische Erkrankungen können als Folge der Langzeitwirkung des Fluglärms bei großen Teilen der betroffenen Bevölkerung auftreten. Die betroffene Bevölkerung, das sind wir, die Büttelborner Bürger. Und sollte die Startbahn gebaut werden, dann wird sich unsere Belastung verdoppeln bis verdreifachen.

Was werden uns dann die Zuschüsse für Lärmschutzmaßnahmen nützen, wenn wir vor der Alternative stehen, in Räumen Sommer wie Winter die Fenster geschlossen zu halten, uns möglichst wenig im Freien aufzuhalten, oder aber unsere Gesundheit zu ruinieren.

Wer kann die Parteien noch wählen, die solches mit uns und unserer Gesundheit vorhaben?

Dieter Schulmeyer

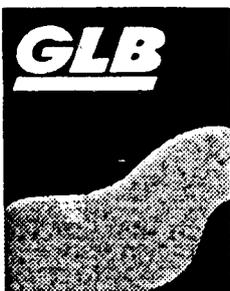
Grünschnabels Bio-Gartentips

Jetzt gegen Mehltau vorbeugen

Auf natürliche Weise kann man gegen Mehltaubefall beispielsweise der Rosen vorbeugen. Dazu sammelt man zur jetzigen Jahreszeit Ackerschachtelhalm (Zinnkraut), den man trocknet und etwa eine halbe Stunde in Wasser kocht. Auf 100 g Pflanzensubstanz nimmt man dazu etwa einen Liter Wasser. Der Absud wird mit Regenwasser auf das etwa 5fache verdünnt. Damit werden die Rosen, am besten mehrmals besprüht. Wem das Sammeln und Aufkochen zu viel Arbeit macht, der kann den Schachtelhalmextrakt auch käuflich erwerben.

Übrigens gibt es auch Rosensorten, die mehltaufrei sind, z. B. die „Königin der Rosen“ oder die „Kordes Perfecta Super“ bei den Teerosen sowie bei den Beetrosen die Sorten „Edelweiß“, „Goldtopas“ und „Meteor“.

Dieter Schulmeyer



Impressum

Herausgeber:

V. i. S. d. P.:

Redaktionsanschrift:

Unabhängige Wählervereinigung GRÜNE LISTE BÜTTELBORN

Rainer Jansohn, Büttelborn 1

Hans-R. Haybach, Isarstraße 1, 6087 Büttelborn 3 Telefon 7367